



Die vier Lehman-Lügen

Anlässlich des ersten Jahrestages der Pleite der US-amerikanischen Investmentbank wurden in allen großen Medien nochmals die folgenden vier Argumente ausgebreitet: **Erstens:** Die Pleite dieses Instituts am 15. September 2008 stellte eine Art Stunde Null des weltweiten Finanzsektors dar. **Zweitens:** Die US-Regierung beging mit dem Fallenlassen von Lehman einen unverzeihlichen Fehler, was in den Partnerländern auch so gesehen wurde. **Drittens:** Der Ausbruch der Finanzkrise hatte die europäischen Regierungen, so diejenige in Berlin, völlig überrascht. **Viertens:** Die Lehman-Pleite und generell die US-Finanzkrise verursachten auch in Europa hohe Kosten. Tatsächlich handelt es sich hier um die vier Lehman-Lügen.

LÜGE EINS: LEHMAN-PLEITE = TAG X FÜR DIE FINANZKRISE Tatsächlich gab es einen „Tag X“. Lucas Zeise: „Der offene Ausbruch der Finanzkrise hat ein eindeutiges Datum. Es ist der 9. August 2007. An diesem Tag hörten die Geldmärkte auf zu funktionieren.“⁽¹⁾ Das war 13 Monate vor der Lehman-Pleite. Im Zeitraum Herbst 2007 bis Sommer 2008 gab es ein gutes Dutzend de-facto-Pleiten von Banken.

Stichworte: Northern Rock, City Group, Bear Stearns, Fannie Mae und Freddie Mac, SachsenLB, IKB. Demnach gab es ein 13 Monate langes Crescendo, ein sich von Woche zu Woche verstärkendes Knirschen im Gebäck der internationalen Finanzarchitektur. Zugespitzt könnte man sagen: Eine bessere Vorwarnzeit konnte man sich kaum wünschen.

LÜGE ZWEI: SCHWERER FEHLER DER US-REGIERUNG Tatsächlich waren in den Wochen vor der Lehman-Pleite gewichtige Stimmen zu hören, wonach auch einmal ein *Exempel statuiert* werden müsste. Die britische Tageszeitung *Financial Times* schrieb vier Tage vor der Lehman-Pleite: „Für die Staatsaufsicht ist es nun an der Zeit, sich wieder zurückzuziehen. Was sie bis heute unternommen hat, müsste ausreichen.“ (11.9.2008) Zwei Tage nach der Lehman-Pleite schrieb Martin Hesse im Leitartikel des Wirtschaftsteils der *Süddeutschen Zeitung*: „Die amerikanische Regierung hat sich entschieden, die Investmentbank Lehman Brothers nicht zu retten. (...) Dieser Schritt war vermutlich richtig.“ (17.9.2008). Tatsächlich hatte die US-Regierung am Tag vor der Lehman-Pleite entschieden,

die größte Versicherung der Welt, AIG (American International Group) mit bis zu 200 Milliarden US-Dollar vor dem Zusammenbruch zu retten, und dem deutlich kleineren Institut Lehman Brothers nicht zu helfen. Die Folgekosten der Lehman-Pleite schienen absehbar – und sie waren dann auch zu kontrollieren. Die Folgekosten einer AIG-Pleite wären weit größer und kaum kontrollierbar gewesen.

Zehn Tage nach der Lehman-Pleite, am 25. September 2008, erklärte der deutsche Bundesfinanzminister Peer Steinbrück im Bundestag: „Die Finanzkrise ist vor allem ein amerikanisches Problem. (...) Die USA werden (im Rahmen dieser Finanzkrise; W.W.) ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren.“ Im übrigen sei das deutsche Finanzsystem „relativ robust.“ Von einer Erschütterung des Weltfinanzsektors durch die Lehman-Pleite war da noch nicht die Rede.

LÜGE DREI: DIE DURCH DIE LEHMAN-PLEITE VÖLLIG ÜBERRASCHTE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG Die entscheidende Erschütterung des deutschen Finanzsektors hängt nicht mit Lehman, sondern mit dem Fast-Zusammenbruch der Hypo

Kolumne Winfried Wolf

Real Estate (HRE) zusammen. Im Juni 2009 konnte im Untersuchungsausschuss des Bundestags zur HRE-Pleite dokumentiert werden, dass der Chef der deutschen Bankenaufsicht Bafin, Jochen Sanio, am 23. Januar und am 6. März 2008 schriftlich das Bundesfinanzministerium über die Pleite-Risiken bei der HRE informiert hatte. Im Schreiben vom 6. März hieß es, die „Immobilien- und Pfandbriefbank ist dringend beobachtungsbedürftig“. Die Bafin schrieb damals bereits, das Institut sei „für die Systemstabilität“ der deutschen Finanzbranche „insgesamt bedeutsam“. Für die HRE könne sich Ende März „erstmalig ein negativer Liquiditätssaldo ergeben“ – vor allem wegen der riskanten Geschäfte der Tochter Depfa in Dublin. Im Klartext: Ein halbes Jahr vor der Lehman-Pleite wusste man im Bundesfinanzministerium, dass eine systemrelevante deutsche Bank vor dem Kollaps stand. Die Bundesregierung und insbesondere das Bundesfinanzministerium reagierten auf diese weitreichenden Warnungen ein halbes Jahr lang nicht.(2)

LÜGE VIER: DIE US-FINANZKRISE HAT AUCH IN EUROPA HOHE KOSTEN VERURSACHT Tatsächlich hatte die US-Regierung, die gleichzeitig mit der Lehman-Pleite die Defacto- Eigentümerin von AIG wurde, dafür gesorgt, dass AIG in großem Umfang Einlagen von privaten Banken an diese auszahlte. Dazu war sie nicht verpflichtet. Wolfgang Münchau schrieb dazu am 18. März 2009 in der *Financial Times Deutschland*: „Diese Liste (mit den Empfängern der AIG-Sonderzahlungen; W.W.) ist eine absolute Zeitbombe. Der US-Kongress, dem diese Liste zunächst vorenthalten wurde, wird jetzt zu Recht toben. Schließlich hat man amerikanisches Steuergeld dazu benutzt, um Banken in Europa vor der Pleite zu retten – und dies ohne jede Gegenleistung. Nichts

anderes als der Kollaps europäischer Institute wäre die Folge gewesen, hätte Washington AIG im September 2008 nicht mit amerikanischem Steuergeld gerettet.“

LP21 veröffentlicht im Kasten die Empfängerliste auf Basis der Angaben des US-Kongresses. Danach floss an europäische Institute mit fast 56,7 Milliarden Dollar ein deutlich höherer Betrag als an US-Institute. Fast ein Drittel der Gelder, die nach Europa flossen, gingen an deutsche Institute. Vor allem springt die gewaltige Summe von 11,8 Milliarden Dollar, die an die Deutsche Bank flossen, ins Auge. Hatte nicht der Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann in den Krisentagen wiederholt erklärt, er nehme in der Krise kein Staatsgeld?

Entscheidend war: Mit der Lehman-Pleiten-Legende war die Öffentlichkeit in den USA und auf weltweiter Ebene für die „Bankenrettungsprogramme“ auf Kosten der Steuerzahlenden weichgekocht. Bis Sommer 2009 wurden weltweit Programme zur Bankenrettung mit einem Gesamtvolumen von mindestens 3500 Milliarden, möglicherweise sogar 5000 Milliarden Euro beschlossen. (3) Einige Ökonomen deuten die Bankenrettungsprogramme als es eine Art Staatsstreich. Der US-Ökonom Michael Hudson: „Übernacht haben das US-Finanzministerium und die Fed (mit dem ersten Bankenrettungsprogramm in den USA; W.W.) den Charakter des US-amerikanischen Kapitalismus verändert. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um einen Putsch derjenigen Klasse, die FDR (Franklin D. Roosevelt; W.W.) als ‘Banksters’ bezeichnet hatte.“ (4)

7

Zahlungen von AIG an Banken im Zeitraum 16. September bis 31. Dezember 2008

Land/Region	Begünstigtes Institut	Betrag in Mrd. US-Dollar
Gesamte AIG-Zahlungen an US- und kanadische Institute*		30,0
	Deutsche Bank	11,8
	Dresdner Bank	2,6
Deutschland	DZ Bank	1,7
	KfW	0,5
	LB Baden-Württemberg	0,1
Summe deutsche Institute		16,7
Europäische Institute ohne BRD**		40,0
Summe europäische Institute		56,7
Summe aller AIG-Zahlungen im genannten Zeitraum		86,7

* An die folgenden nordamerikanischen Banken gingen die genannten Milliarden-Dollar-Beträge: Goldman Sachs 12,9; Bank of America 5,2; Merrill Lynch 5,0; Citigroup 2,3; Wachovia 1,5; Morgan Stanley 1,2; J.P. Morgan Chase 0,4; Paloma Securities 0,2; Reconstruction Finance 0,2; Bank of Montreal 1,1 Mrd. US-Dollar.

** An die folgenden europäischen Institute gingen die genannten Milliarden-Dollar-Beträge: Société Générale (F) 11,9; Barclays (GB) 8,5; UBS (CH) 5,0; BNP Paribas (F) 4,9; HSBC (GB) 3,5; Crédit Agricole (F) 2,3; ING (NL) 1,5; Rabobank (NL) 0,8; Royal Bank of Scotland (GB) 0,7; Credit Suisse (CH) 0,4; Banco Santander (Sp) 0,3; Danske (DK) 0,2 Mrd US-Dollar.

Anmerkungen:

- 1) Lucas Zeise, *Ende der Party*, Köln 2008, S.23.
- 2) Wie erst im August 2009 bekannt wurde, hatte die staatliche deutsche Bundesbank selbst 2,3 Milliarden Euro bei der HRE angelegt. Es handelte sich um Pensionsgelder der Bafin, des Bundes und der Bundesländer. Die Bundesbank, die selbst ein Organ der Finanzaufsicht ist, befand sich demnach im HRE-Skandal in einem erheblichen Interessenskonflikt.
- 3) Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) legte im September 2009 eine Untersuchung über die Bankenrettungsprogramme in zehn Ländern vor. Danach summierten sich die Bankenrettungsprogramme in diesen

- Ländern auf 4994 Milliarden Euro, was 18,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dieser Länder entsprach. Die Länder mit dem Wert des jeweiligen Bankenrettungsprogramms und dessen Anteil am nationalen BIP wie folgt: USA 2491 Mrd. Euro und 2,3 %; Großbritannien 845 Mrd. Euro und 54 % (!); Deutschland 700 Mrd. Euro und 28,1 %; Frankreich 368 Mrd. Euro und 18,9 %; Niederlande 265 Mrd. Euro und 44,6 % (!); Japan 113 Mrd. Euro und 2,7 %, Australien 62 Mrd. Euro und 10,4 %; Spanien 31 Mrd. Euro und 2,8 %, Schweiz 31 Mrd. Euro und 8,7 %; Italien 10 Mrd. Euro und 0,6 %.
- 4) Michael Hudson, *America's Own Kleptocracy*, in: *Counterpunch* vom 20.9.2008